

Keine offizielle Messe: Aufmarsch der Rechten verliert den Segen der Kirche.

Diözese Gurk genehmigt Gottesdienst für kroatisches Treffen in Bleiburg nicht. Engelbert Guggenberger tritt als Diözesanadministrator in Gurk-Klagenfurt offensiv gegen das kroatische Totengedenktreffen am Loibacher Feld auf. Er sieht darin eine Veranstaltung, die instrumentalisiert sei: Sie sei "Teil eines politisch-nationalistischen Rituals, das einer selektiven Wahrnehmung und Deutung von Geschichte dient", betont Guggenberger am Freitag und stellt klar: Heuer gibt es keine Genehmigung für eine Heilige Messe in Bleiburg.

Damit verliert das vom "Bleiburger Ehrenzug" organisierte Treffen kroatischer Katholiken erstmals den Segen der Amtskirche Österreichs. Schon im Vorjahr genehmigte die Diözese die Heilige Messe nur unter Auflagen: Transparente, Flaggen, Uniformen und Abzeichen waren untersagt.

Deutliche Haltung - Verstöße gegen eben diese Auflagen im Mai 2018 nahm Guggenberger, der die Diözese Gurk-Klagenfurt interimistisch leitet, jetzt zum Anlass, der kroatischen Bischofskonferenz abzusagen. Die Gesamterscheinung der Veranstaltung schade dem Ansehen der Kirche, begründet Guggenberger. Er grenzt sich damit deutlich von der Haltung des früheren Bischofs Alois Schwarz ab.

Würde die Diözese eine liturgische Feier genehmigen, hätte dies Folgen: Man könnte ihr "zu Recht unterstellen, sie würde die Instrumentalisierung eines Gottesdienstes zu politischen Manifestationen dulden und die Distanz zu faschistischem Gedankengut vermissen lassen", warnt Guggenberger. Bekanntlich zieht das Treffen alljährlich Rechtsextreme an. Offiziell dient es dem Gedenken an faschistische Milizen des Zweiten Weltkrieges: In Bleiburg wurden Tausende von den Briten gefangene Ustascha-Kämpfer an Jugoslawien ausgeliefert.

Treffen weiter möglich - Die Messe mit Beteiligung der österreichischen Kirche ist allerdings nur ein Teil des Treffens. Es findet auf einem Privatgrundstück statt, die Veranstaltung kann nach Meldung bei der Bezirkshauptmannschaft somit dennoch stattfinden. Es gilt als wahrscheinlich, dass dies passiert. Seit 1951 finden die Treffen statt und hatten pro Jahr zwischen 6000 und 35.000 Besucher.

Landespolitik und Israelitische Kultusgemeinde (IKG) sind erfreut über das deutliche Zeichen der Diözese Gurk. "Wir werden alle gesetzlichen Möglichkeiten prüfen, um rechtsextreme Feierlichkeiten zu unterbinden", versicherte Landeshauptmann Peter Kaiser, SPÖ. Da sei aber auch der Bund gefordert. IKG-Generalsekretär Raimund Fastenbauer gratulierte der Diözese zu diesem Schritt: "Viel zu lang schauten die Behörden weg." Kurier (Elisabeth Holzer), 9.3.2019, S.26.